



PRESSEMAPPE

Pressekonferenz der Sozialdemokratischen Partei Graubündens

3. Oktober 2017

NAU Solar Systemtechnik GmbH, Felsenaustrasse 5, Chur

Inhalt der Pressemappe:

- Positionspapier „Nach dem Ja zur Energiewende: Chancen für Graubünden nutzen“
- Rede von Peter Peyer, Grossrat und Regierungsratskandidat, Trin
- Rede Anita Mazzetta, Gemeinderätin, Chur
- Rede Johannes Pfenninger, Grossrat, Rodels
- Rede Silva Semadeni, Nationalrätin, Chur

Im Anschluss an die Pressekonferenz stehen alle Anwesenden für weitere Fragen oder Fotos gerne zur Verfügung. Das Positionspapier und die Pressemappe kurz nach der Pressekonferenz unter www.sp-gr.ch elektronisch verfügbar sein.



Fortschritt für Graubünden: Die Chancen der Energiewende nutzen!

Von Peter Peyer, Grossrat und Regierungsratskandidat, Trin

(es gilt das gesprochene Wort)

Geschätzte Medienschaffende

Seit der Abstimmung über die Energiestrategie 2050 hat die Diskussion über eine sichere Energiezukunft, über Klimawandel und natürliche, saubere Ressourcen an Dynamik gewonnen. Für Graubünden eine zusätzliche Herausforderung sind die Wasserzinsen. Gleichzeitig erlebten wir in den letzten Wochen drastisch, wie die Natur wortwörtlich in Bewegung gerät und wie verletzlich unser Lebensraum dadurch ist.

In diesem Umfeld ist es für die SP richtig und wichtig, ihre Vorstellungen und Forderungen zur Energiezukunft und zu den Chancen, die dem Kanton Graubünden daraus erwachsen, jetzt kompakt und aktuell darzustellen.

Zum Positionspapier

Am 21. Mai 2017 wurde die «Energiestrategie 2050» vom Volk angenommen. Die Annahme der «Energiestrategie 2050» ist ein Erfolg sozialdemokratischer und umweltpolitischer Hartnäckigkeit und Weitsicht. Die SP Graubünden engagiert sich seit Jahrzehnten für die Energiewende. Das heisst für die Wasserkraft, für die Förderung neuer erneuerbarer Energien, für mehr Energieeffizienz und für den geordneten Atomausstieg.

Das tun wir nicht nur, weil unser Kanton von den Folgen des Klimawandels durch Schneemangel und Umweltschäden besonders stark betroffen ist. Graubünden als Sonnen- und Wasserkanton und als Kanton mit einer Bauwirtschaft im Strukturwandel kann vom ökologischen Umbau besonders profitieren.

Die Energiefrage ist ein Schlüssel für die Zukunft. Denn Klima-, Wirtschafts- und Regionalpolitik werden massgeblich von der Energiepolitik geprägt. Mit der neuen «Energiestrategie 2050» eröffnen sich für Graubünden zahlreiche Chancen. Gleichzeitig ist die Energiebranche von schwer vorhersehbaren Umwälzungen betroffen, was Risiken mit sich bringt und Weitsicht erfordert.

Im vorliegenden Positionspapier zeigt die SP Graubünden deshalb auf, wie die Chancen der «Energiestrategie 2050» genutzt werden können.

Von grosser Bedeutung für Graubündens Zukunft ist das Thema der Wasserzinsen. Im Papier erläutern wir unsere Position. Zugespitzt: Die Wasserzinsen bleiben! Mehr dazu aber in Teil II.

Nach meinen Ausführungen zur Einleitung, Einbettung und zur Ausgangslage sprechen: Nationalrätin Silva Semadeni zu Graubünden als Stromquelle der Schweiz; Grossrat Johannes Pfenninger zur Wertschöpfung durch die Förderung der erneuerbaren Energien und im vierten Teil wird Anita Mazzetta, Umweltfachfrau und Churer Gemeinderätin, aus Sicht der Grünen Partei darlegen, wie wir mit Intelligenz und Effizienz den Verbrauch massiv senken.

Für ganz Eilige finden sich auf der Seite 3 des Positionspapiers unsere Forderungen kompakt wiedergegeben.

Zum Teil I:



Ausstieg besiegelt, Weichen gestellt

Wie bereits ausgeführt: Mit dem Ja der Bevölkerung zum Energiegesetz am 21. Mai 2017 wurde der Wille zum schrittweisen Atomausstieg besiegelt und die Marschrichtung für die künftige Energieversorgung vorgegeben: Es muss weniger Energie verbraucht werden und es muss mehr Energie aus erneuerbaren Quellen produziert werden.

Graubündens Energie-Potenzial

Unser Kanton hat mit Wasserkraft, viel Sonneneinstrahlung, Biomasse (Holz) und einzelnen Windstandorten beste Voraussetzungen, um einen beachtlichen Anteil an die Energiewende beizutragen. Seit den Neunzigerjahren trägt Graubünden jährlich rund einen Achtel an die nationale Jahresstromproduktion bei. Rein rechnerisch wäre Graubünden bereits heute energieautark.

Das volkswirtschaftliche Potenzial der Energiewende

Wenn der Kanton entschieden handelt, birgt die Energiewende auch wirtschaftlich grosses Potenzial. Ein Ausbau des Gebäudeprogramms kann etwa zu markant mehr Aufträgen für die Bündner Bauwirtschaft führen, die sich nach dem gescheiterten Geschäftsmodell des Zweitwohnungsbaus neu orientieren muss. Bildung und Weiterbildung sind deshalb von grosser Wichtigkeit für die Frage, ob die Wertschöpfungspotenziale der Energiewende im Kanton anfallen können. Wir müssen sicherstellen, dass unser Know-how in den Ausbildungsinstitutionen wie auch den Betrieben auf der Höhe der Zeit ist und dass wir in allen Bereichen der Energiebranche, insbesondere bei der Digitalisierung, gut ausgebildete Fachleute haben und ansprechende Arbeitsbedingungen bieten können.

Unser Anspruch: Naturschutz und Energiewende sind keine Gegensätze

Energiewende ist aus Sicht der SP Graubünden möglich. Denn die zentralen Massnahmen der Energiestrategie können und müssen vorwiegend im Bestand der genutzten Räume erfolgen. Gebäudesanierungen, verbesserte Effizienz von Kraftwerken oder die Nutzung von Solarenergie in bebautem Siedlungsgebiet sind die wichtigsten Pfeiler einer konsequent umgesetzten Energiewende und beeinträchtigen unsere wertvolle Natur und Landschaft kaum.

Repower

Die SP Graubünden hat immer vor der Hochrisikostrategie der Repower mit internationaler Ausrichtung und Kohlekraft gewarnt. Die Repower-Führung hat diese Bedenken und die Entwicklungen auf dem Energiemarkt lange ignoriert. Die nun seit einiger Zeit erfolgte strategische Neuausrichtung wird – unter dem Motto «Lieber spät als nie» – von der SP grundsätzlich begrüsst. Wir sind allerdings skeptisch, ob diese Ziele mit der bestehenden Führung erreicht werden können. Und es stellen sich noch viele Fragen. Diese betreffen insbesondere die Heimfallthematik, die Versorgungssicherheit, die Zusammenarbeit mit Griselectra und vor allem die Sicherung der Arbeitsplätze in der Peripherie oder die Bindung von Fachpersonal. Ich verweise dazu auch auf eine Anfrage der SP-Fraktion im Grossen Rat, welche in der vergangenen Augustsession eingereicht wurde ([https://www.gr.ch/DE/institutionen/parlament/PV/Seiten/20170830SP\(Pfenninger\)01.aspx](https://www.gr.ch/DE/institutionen/parlament/PV/Seiten/20170830SP(Pfenninger)01.aspx)).



Die saubere Wasserkraft hat Zukunft

Von Silva Semadeni, SP-Nationalrätin & Mitglied UREK-N, Chur

(es gilt das gesprochene Wort)

Geschätzte Medienschaffende

Die SP Graubünden hat ein kritisches Verhältnis zur Wasserkraft. Wir anerkennen ohne Wenn und Aber, dass sie ein zentraler Pfeiler der Stromversorgung unseres Landes ist. Dies gilt umso mehr nach Annahme der Energiestrategie 2050, welche auf den Ausbau der erneuerbaren Energien setzt. Die bestehenden Anlagen produzieren rund 60% unseres Strombedarfs - zuverlässig, günstig und sauber. Für Graubünden hat die Wasserkraft mit den Wasserzinsen eine grosse wirtschaftliche Bedeutung. Wir übersehen aber nicht, dass die Wasserkraftnutzung auch Folgen für Natur und Landschaft hat. Sie muss den ökologischen Anforderungen genügen (Gewässerschutz-, Fischerei-, Natur- und Heimatschutzgesetz).

Grösste Herausforderung ist heute der Wasserzins. Der Strompreiserfall bei gleichzeitigem Anstieg der Wasserzinsen führt dazu, dass von der Strombranche eine Reduktion, eine Flexibilisierung der Wasserzinsen gefordert wird. Für die Zeit nach 2019 hat der Bundesrat einen Vorschlag in die Vernehmlassung geschickt.

Die SP Graubünden lehnt jegliche Senkung der Wasserzinsen ab. Es ist auch nicht zielführend, in Unkenntnis des auf 2023 vorgesehenen neuen Strommarktmodells eine dreijährige Übergangsregelung für die Wasserzinsen festzulegen. Die heutige Regelung soll bis dann in Kraft bleiben. Falls danach eine Flexibilisierung in Betracht gezogen wird, muss der Sockelbeitrag auf dem heutigen Niveau des Wasserzinses festgelegt werden.

Verschiedene Gutachten zeigen, dass die vorgebrachte wirtschaftliche Notlage der Wasserkraft nicht dramatisch ist. Die ECom bezweifelt in ihrem veröffentlichten Bericht zuhanden der UREK-N, dass ein branchenweites Missing-Money-Problem besteht. Sie weist nach, dass die bereits beschlossene Marktprämie als Stützungsbeitrag für die Wasserkraft reicht. Fazit: Die Wasserkraft darf nicht zur Sanierung der verschuldeten Konzerne auf Kosten der Berggebiete instrumentalisiert werden.

In naher Zukunft stehen auch verschiedene Konzessionserneuerungen und Heimfälle an. Der Kanton muss seine Strategie der veränderten Lage anpassen und in die Diskussion über die Wasserzinsen einbringen. Die SP Graubünden fordert, dass Bündner Energie vorwiegend in Bündner Hand ist. Dazu muss sich der Kanton auch geeignete Finanzpartner suchen.

Braucht die Wasserkraft zusätzliche Förderung? Die zu tiefen Strompreise in Europa führen seit einigen Jahren zu starkem Preisdruck. Die Teilliberalisierung des Strommarktes erlaubt den grossen Stromkonsumenten, die mehr als 100'000 kWh pro Jahr verbrauchen, seit 2009 frei auf dem europäischen Markt einzukaufen. Viele nutzen die billigsten Angebote – das ist heute meistens klimaschädlicher Kohlestrom. Nebst dem Klima sind dadurch auch Wasserkraft und Wasserzinsen gefährdet.

Aus diesen Gründen wird die Wasserkraft, dank der Energiestrategie 2050, ab 1. Januar 2018 gezielt unterstützt. Wasserkraftwerke erhalten bis 2023 eine Überbrückungshilfe, eine Marktprämie, wenn sie ihren Strom auf dem freien Markt unter den Gestehungskosten verkaufen müssen. Bis Ende 2030 gibt es zudem Investitionsbeiträge bei Erneuerungen und Erweiterungen der Anlagen wie auch bei Neubauten. Aufgrund der heutigen ökonomischen Situation der Wasserkraft muss, wer über die Marktprämie hinaus weitere Förderungen verlangt, volle Transparenz über die finanzielle Lage des Unternehmens gewährleisten.

Die SP Graubünden kann sich folgende weitere Massnahmen vorstellen:



- In der Grundversorgung soll als ökologischer Service public ausschliesslich Strom aus inländischen erneuerbaren Energien geliefert werden. Damit die Stromtarife für die gebundenen Endkunden angemessen bleiben, muss der Bundesrat Regeln für die Preisbildung festlegen.
- Die Einführung einer Strategischen Reserve zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit – dies betrifft vor allem das Winterhalbjahr - basierend insbesondere auf Speicherseewasser. Die Abgeltungen werden durch einen Netzzuschlag gedeckt.

Die Ökologisierung der Gewässernutzung schafft die notwendige Akzeptanz. Das Ausbaupotenzial der Wasserkraft ist heute klein, alle wirtschaftlich nutzbaren Gewässer sind bereits genutzt. Für die SP Graubünden stehen Erneuerung und Effizienzsteigerung der bestehenden Kraftwerke und damit auch die Stärkung ihrer spezifischen Vorteile betreffend Speichermöglichkeit, flexibler Einsatz und Systemdienstleistungen im Vordergrund.

Damit die bestehende Wasserkraftnutzung die ökologischen Anforderungen erfüllt, müssen Gewässerschutz- und Fischereigesetze aber konsequent umgesetzt werden. In der Vergangenheit wurde hier gesündigt. Die Restwassersanierungen hätten 2012 abgeschlossen sein sollen. Auch wenn die Bündner Regierung in den letzten drei Jahren eine ganze Reihe von Sanierungsverfügungen beschlossen hat, gab es 2016 in Graubünden immer noch 64 ausstehende Fälle. Es gilt nun, mit Nachdruck den Volkswillen umzusetzen und die fehlenden Sanierungen endlich abzuschliessen. Auch die Ökologisierung der Wasserkraft durch Renaturierungen, die Sanierung von Schwall-Sunk und des Geschiebehaushalts sowie die Wiederherstellung der Fischgängigkeit, finanziert über die Netzabgabe von 0,1 Rp/kWh, stehen an und verbessern die Akzeptanz.

Die Energiewende als Chance nutzen. Graubünden hat als Wasserschlosskanton gute Karten für die Zukunft. Die saubere, ökologisierte Wasserkraft geniesst in der ganzen Schweiz grosse Sympathie. Die SP Graubünden unterstützt ein konsequentes Lobbying zur Wahrung der Interessen der Wasserkraftkantone, insbesondere beim Wasserzins. Die Energiewende ist eine grosse Chance für Graubünden!



Chancen nutzen - mehr Wertschöpfung für Graubünden:

Von Johannes Pfenninger, Grossrat, Rodels

(es gilt das gesprochene Wort)

Geschätzte Medienschaffende

Mit der grössten Fläche aller Kantone ist Graubünden speziell gefordert seinen Beitrag an die Schweizer Energiewende zu leisten. Der Ausbau der Solarenergie und die energetische Sanierung der Gebäude stehen dabei aus meiner Sicht im Vordergrund. Es gilt aber auch die anderen Möglichkeiten und technischen Entwicklungen im Auge zu behalten.

Bei den gemäss der Energiestrategie 2050 geplanten Ausbauten steht man natürlich auch in Graubünden immer wieder vor der Herausforderung zwischen Schutz und Nutzungen zu entscheiden. Unsere Gebirge sind aber in weiten Teilen keine wilden, unberührten Gebiete mehr. Mit der Intensivierung des Tourismus hat sich die Nutzung auch in hochalpine Lagen ausgedehnt. Umso wichtiger ist es, die von Bauten unberührten Gebiete zu schonen und die Energieproduktion in bereits menschlich genutzten Landschaftsräumen vorzuziehen.

Der Zusammenschluss zu Energiegenossenschaften scheint der SP ein ideales Mittel, um diesen Überlegungen Rechnung zu tragen. Ihre Dezentralität mindert die Abhängigkeit von Grosskraftwerken und ihre demokratische Struktur sowie ihre lokale Verankerung erlauben die Rücksichtnahme auf Natur und Landschaft. Darum soll der Kanton Graubünden dezentrale Energiegenossenschaften fördern, wenn sie eine dezentrale Versorgung durch erneuerbare Energien anstreben.

Sonnenkanton Graubünden

Topographie, Einstrahlung und allgemein die klimatischen Bedingungen sind an vielen Orten Graubündens ideal für die Nutzung der Solarenergie und der Ausbau kann im bereits bebauten Gebiet oder an vorhandenen Infrastrukturen erfolgen. Rückenwind liefert die Energiestrategie, die dank KEV und Einzelbeiträgen die Nutzung der Sonnenenergie vorantreibt. Die SP Graubünden fordert, diesen Ball aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass der Sonnenkanton GR seinem Namen gerecht wird.

Allein auf Gebäuden innerhalb der Bauzonen beträgt die potenzielle Energiemenge in Graubünden rund 1'150 Gigawattstunden pro Jahr. Das entspricht gut der Hälfte des gesamten Stromverbrauchs im Kanton Graubünden. Dieses Potenzial wird heute lediglich minimal ausgeschöpft. Darüber hinaus gibt es in Graubünden auch ausserhalb der Bauzonen vielfältige Möglichkeiten zur Solarstromerzeugung, etwa entlang bereits bestehender Infrastrukturen, wie Parkplätzen, Lärmschutzwänden, Bergbahnen etc.. Eine Photovoltaik-Nutzung in der freien Landschaft oder auf historisch wertvollen Gebäuden drängt sich angesichts der übrigen vorhandenen Potenziale nicht auf.

Die SP Graubünden fordert, dass der Kanton die Ziele für den Ausbau von Solarenergie massiv erhöht und dem effektiv vorhandenen Potenzial anpasst. Im «Strompolitischen Bericht 2012» wurde das Potenzial rund fünfmal zu klein eingeschätzt. Zudem braucht es eine kantonale Förderstrategie, die aufzeigt, wie die möglichen Potenziale rasch und effektiv ausgeschöpft werden können und die für potenziellen Investoren Planungssicherheit schafft. Für die Finanzierung von Anlagen richtet der Kanton einen kantonalen Fonds ein, der die Finanzierungshilfen des Bundes ergänzt und der Investitionen in Solarenergie im Kanton beschleunigt. Zur besseren Potenzialausschöpfung muss auch der Kanton selbst beitragen, etwa indem er sämtliche Flächen auf eigenen Bauten und Infrastrukturen konsequent für die Solarenergienutzung nutzbar macht.



Andere Förderpotenziale

Für die SP Graubünden ist klar, dass zur Umsetzung der Energiewende alle erneuerbaren Energien beitragen können. Die Entwicklungsschwerpunkte sind zwar bei der Wasserkraft und bei der Solarenergie, andere Energieressourcen sollen aber ebenfalls geprüft und wo möglich gefördert werden.

Windanlagen stehen besser und günstiger im bereits erschlossenen Gelände und bei bestehenden Bauten als in unberührten Gebieten. Dennoch sehen wir auch in Graubünden Möglichkeiten.

Beispielsweise in der Nähe bestehender Wasserkraftanlagen, bei Bergstationen oder anderen touristischen Anlagen. Jedes Projekt ist auf der Basis eines kantonalen Windenergiekonzeptes individuell zu beurteilen.

Die nachwachsende Ressource Holz steht im Kanton Graubünden in grosser Menge zur Verfügung. Insgesamt könnten rund zusätzliche 420'000 MWh pro Jahr genutzt werden. Regional ausgerichtete Biomassekraftwerke könnten vom Kanton initiiert und unterstützt werden. Dies würde einerseits dem Holzabsatz, andererseits der CO₂-neutralen Energieproduktion und drittens als Vorbild in Belangen von Energiegewinnung aus Biomasse dienen.

Mehr Wertschöpfung dank Gebäudesanierungsprogramm

Die riesigen Einsparpotenziale insbesondere bei älteren Gebäuden sind allgemein anerkannt. Die aktuellen Sanierungsraten allerdings nach wie vor tief. Sowohl betreffend Energieeinsparungen wie auch bezüglich Wertschöpfung ist hier viel zu holen. Gemäss einer Studie des kantonalen Amtes für Energie sind rund 50'000 Gebäude in Graubünden über 25-jährig. In beinahe zwei Dritteln steht eine Öl- oder Elektroheizung.

Heute wird in Graubünden Heizöl und Erdgas im Wert von 130 Mio. Franken importiert. Dieser Wert könnte mit den entsprechenden Massnahmen rasch und deutlich reduziert werden. Für eine beschleunigte Sanierungstätigkeit braucht es aber stärkere Impulse. Dazu müssen insbesondere die neuen Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE_n2014) übernommen werden. Zudem braucht es zusätzlich zum nationalen Gebäudeprogramm ein ergänzendes Förderprogramm des Kantons, um die Sanierungsrate wesentlich zu erhöhen.



Die Energielandschaft wandelt sich radikal. Was bedeutet das für Graubünden?

Von Anita Mazzetta, Gemeinderätin, Chur

(es gilt das gesprochene Wort)

Geschätzte Medienschaffende

Die internationalen Megatrends sind die Dekarbonisierung, Digitalisierung und Dezentralisierung.

Die Dekarbonisierung ist die Befreiung der Energieproduktion von fossilen Brennstoffen. Im Interesse des Klimaschutzes hat sie in den Industrieländern bis zum Jahr 2050 zu geschehen. Mit dem Pariser Abkommen und der Energiestrategie 2050 wurden wichtige erste Schritte in diese Richtung eingeleitet. Zentral für diese Zielerreichung ist die Energie-Effizienz - ein möglichst rationeller und verlustfrei eingesetzter oder gar vermiedener Energieeinsatz.

Energie, ob Wärme oder Strom, wird immer dezentraler produziert und verteilt. Dank dem Technologiemix und der Entwicklung kleinerer Energiespeicher wird die Dezentralisierung auch immer kostengünstiger. Das eigene Haus als Kraftwerk ist bereits Realität. Aber auch Quartiere setzen immer mehr auf Verbundlösungen, wie das 2000-Watt-Quartier Chur West. Ganze Quartiere nutzen Energie- und Speichermöglichkeiten vor Ort (Grundwasser, Sonne, Biomasse, Erdwärme, Abwärme, Batterien usw.) und vernetzen diese dank intelligenter Software mit den verschiedenen Bedürfnissen im Quartier. Dies macht die Versorgung sicherer. Es müssen auch weniger teure Reservekapazitäten, z.B. in alpinen Speicherkraftwerken, aufgebaut werden.

Doch Produktion und Verbrauch des unregelmässiger und weitverzweigt anfallenden Stroms müssen in Zukunft besser aufeinander abgestimmt werden. Der Schlüssel dafür liegt in der Digitalisierung des Energiesystems. Intelligente Stromnetze (Smart Grids) denken mit und stimmen Angebot und Nachfrage in Sekundenschnelle aufeinander ab und intelligente Stromzähler (Smart Meters) messen den Stromverbrauch in Echtzeit. Das wird den Zwang zum Ausbau der „Hardware“ (Netze und Produktionseinrichtungen) stark verringern.

Auf diese Veränderungen gilt es sich jetzt einzustellen. Denn sie werden auch die Trends der Schweizer Energie-Zukunft sein. Wer sich nicht darauf einstellt, verliert seine Aufgaben im Markt.

Das bisherige Kerngeschäft kommt unter Druck.

Diese Entwicklung mag für den Wasserkanton Graubünden mit seinen Grosskraftwerken bedrohlich tönen. Die Produktion von teuer verkäuflicher Spitzenenergie auf Abruf, hergestellt in grossen Speicherseen und europaweit über den Stromgrosshandel verkauft, wird künftig weniger Gewinn abwerfen. Die Repower hat das bereits schmerzlich erlebt. Aber Graubünden kann sich dieser weltweiten Entwicklung und dem Innovationsschub im Energiebereich nicht entziehen.

Die kantonale Strategie unter dem Motto „weiter wie bisher“, führt in die Sackgasse.

Wenn Graubünden weiterhin voll auf den Ausbau der Wasserkraft setzt, verpassen wir das Geschäft mit der Energiewende. Politik und Verwaltung müssen vielmehr dafür sorgen, dass die Bündner Wirtschaft vom Systemwechsel optimal profitieren kann.

Mit den richtigen Rahmenbedingungen und Anreizen kann der Kanton aktiv gestalten und lenken.



Massnahme 1: Sanierung des alten Gebäudeparks beschleunigen

Das Energiesparpotential bei den Gebäuden wird auf rund 60% geschätzt. Die tiefe Sanierungsrate von 1 Prozent muss mindestens verdoppelt werden. Mit der Energiestrategie 2050 stattet der Bund das Gebäudesanierungsprogramm mit mehr Geld aus. Der Kanton muss hier nachziehen.

Sehr wichtig ist auch die unveränderte Übernahme der MuKen2014. Mit diesen neuen Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich wird z.B. bei jedem Heizungsersatz eine thermische Solaranlage oder eine Dämmung praktisch zur Pflicht. Die Energiedirektorenkonferenz empfiehlt den Kantonen diese integral zu übernehmen. Wir empfehlen das Graubünden auch.

Elektroheizungen sollten möglichst rasch durch sinnvollere Heizungssysteme ersetzt werden. Elektroheizungen sind mitverantwortlich für den winterlichen Importüberschuss von Strom, der unsere Eigenversorgung schmälert. Wir fordern einen Ersatz aller Elektroheizungen bis 2025, kombiniert mit einem Fördersystem.

Mit diesen Massnahmen schaffen wir vor Ort Arbeitsplätze im Baugewerbe. Das Potenzial an zusätzlichen Arbeitsplätzen wurde in einer Studie des Kantons auf 1600 Vollzeitstellen geschätzt. Diese Chance muss genutzt werden, gerade nach dem gescheiterten Geschäftsmodell mit den Zweitwohnungen.

Massnahme 2: Intelligent planen – effizient vernetzen

Was nützt es, wenn Graubünden das grösste Biomassekraftwerk der Schweiz hat, wenn der grösste Teil der Abwärme vor Ort vernichtet werden muss? Das ist die Realität bei der Axpo-Anlage in Domat-Ems. Wenn Energieressourcen jedoch effizient, intelligent, natur- und landschaftsschonend eingesetzt werden sollen, braucht es eine raumplanerische Koordination: Die Energierichtplanung. Heute haben weder der Kanton, noch Regionen und Gemeinden echte Energierichtpläne. Auch Anreize für vorbildliche Energieareale und Energiequartiere fehlen. Das kantonale Energiegesetz muss hier konkrete Vorgaben machen.

Die Aufgaben der EVU (Elektrizitätsversorgungsunternehmen) werden sich massiv verändern: weg von der Eigenproduktion, hin zum Energiemanagement und der Erbringung von Dienstleistungen. Aber nicht nur Energieversorgungsunternehmen, auch verschiedenste Energiedienstleister profitieren von diesem neuen Markt bei Planung, Bau und Betrieb. Diese Megatrends bedeuten nicht nur Umbruch für Graubünden, sondern auch spannende und arbeitsplatzintensive Beschäftigungsfelder. Entscheidend ist, dass wir diese Chancen nutzen.